

Analyse der

Staatendokumentation



Mazedonien

Aktuelle Sicherheitslage

Sachbearbeiter: Mag. Wolfgang Hochmüller, BA

Wien, am 30.3.2012

Disclaimer

Das gegenständliche Analyseprodukt der Staatendokumentation basiert auf der Empfehlung des Staatendokumentationsbeirates vom 18.07.2008 zu den Grundsätzen für die Erstellung von Analysen.

Analysen der Staatendokumentation sind zusammenfassende und präzisierende Ausführungen zu einem bestimmten asylrelevanten Themenbereich ausgewählter Herkunftsstaaten. Die im vorliegenden Produkt enthaltenen Ausführungen stellen analytische Auswertungen bestehender Primärquellen und bekannter Tatsachen dar, die gleichrangig und sachlich in das bestehende Produkt eingeflossen sind. Hierbei wurde bei der Auswertung auf größtmögliche wissenschaftliche Sorgfalt sowie Ausgewogenheit und Objektivität Wert gelegt.

Die im Produkt enthaltenen Ausführungen erheben jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus dem vorliegenden Produkt ergeben sich insbesondere keine Schlussfolgerungen für die rechtliche Beurteilung eines konkreten Asylverfahrens und die Analyse stellt auch keine wie auch immer geartete allgemeine oder individuelle Entscheidungsvorgabe dar. Das vorliegende Dokument kann insbesondere auch nicht als politische Stellungnahme seitens der Staatendokumentation, des Staatendokumentationsbeirates, sowie des Bundesasylamtes gewertet werden.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	5
2. Hintergrund.....	5
3. Aktuelle Lage.....	8
4. Minderheiten.....	10
5. Conclusio.....	12

Zusammenfassung

1991 löste sich die Republik Mazedonien in einem Verfassungsreferendum von Jugoslawien und erklärte sich für unabhängig. Der Übergang in eine rechtsstaatliche Demokratie verlief allerdings schwierig und nicht immer reibungslos. Insbesondere nach der Kosovokrise 1999 bildete sich eine nationale albanische Befreiungsarmee (*UCK-Ushtria Çlirimtare Kombetare*), die, zumindest offiziell, für mehr Rechte der albanischen Volksgruppe im Land eintrat.¹ Dabei kam es zu lokalen kriegerischen Handlungen mit mazedonischen Streitkräften und Opfern auf beiden Seiten. Dieser Konflikt konnte jedoch mithilfe der EU und der USA durch das sog. Ohrid-Rahmenabkommen von 2001 beigelegt werden.

Das Abkommen bleibt auch mehr als zehn Jahre nach dem Inkrafttreten wesentlicher Bestandteil zur Sicherung der politischen Stabilität und interethnische Zusammenarbeit im Land. Kernstück dieses Vertragswerkes ist einerseits eine gerechtere Repräsentation der Volksgruppen in der öffentlichen Verwaltung, andererseits die Übertragung weitreichender Aufgaben auf die Lokalbehörden. Das gesetzliche Rahmenwerk zum Schutz der Minderheiten ist großteils in Kraft. Die derzeitige Regierung verfolgt einen konstruktiven Dialog mit dem OSCE Hochkommissar für nationale Minderheiten zwecks besserer Integration der ethnischen Kommunen durch bildungspolitische Maßnahmen.

Und dennoch, trotz der bereits vielen positiven Errungenschaften auf dem Gebiet des Zusammenlebens der beiden Hauptakteure, nämlich der slawischen und albanischen Mazedonier, stehen einander beide Gruppen nach wie vor misstrauisch gegenüber. Gegenseitige Vorurteile sitzen tief, Spannungen bzw. Ausbrüche von Gewalt sind daher jederzeit möglich. Es besteht mehr ein Nebeneinander als ein Miteinander. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von einer bewusst nationalistisch angelegten Politik der Regierung (Stichwort: Skopje 2014 Stadtentwicklungsplan) bis zum permanenten Schüren des großalbanischen Gedankens (alle Albaner sollen in einem gemeinsamen Staat leben) auf Seite der albanischen Parteien. Es besteht der Eindruck, dass beide Volksgruppen eigentlich nicht wirklich ‚miteinander können‘, was auch im Alltag in regelmäßigen Ausbrüchen von lokalen Gewalttätigkeiten bzw. Übergriffen auf die jeweils andere Gruppe immer wieder zum Ausdruck kommt.

Gefördert werden diese latenten Spannungen unter Mazedoniern und Albanern auch durch den mittlerweile jahrelangen Namensstreit mit Griechenland, der immer noch einer Lösung harret, und der damit verbundenen Blockade der Aufnahme von konkreten Beitrittsverhandlungen mit der EU und der NATO. Diese derzeitige Blockadehaltung Griechenlands führt bei allen Bevölkerungsteilen zu einem hohen Frustrpotential, zum Gefühl des „sich ausgeschlossen Fühlens“, das sich dann u.a. auch in interethnische Auseinandersetzungen entlädt und so nicht unbedingt zu einem Klima einer grundsätzlichen multiethnischen Gefühlslage und des gegenseitigen Respekts im Staat beiträgt.

1. Einleitung

Aufgrund der in den letzten Wochen aufgetretenen lokalen interethnischen Gewaltausbrüche in Mazedonien, wird mit nachfolgender Analyse versucht, die derzeitige Sicherheitslage im Land näher zu beleuchten. Dabei geht es vor allem um das Verhältnis zwischen den beiden Hauptvolksgruppen, den Slawo-Mazedoniern und Albanern. Neben Quellen internationaler Organisationen wurden auch aktuelle Berichte von lokalen Medien und Organisationen sowie Berichte der österreichischen Botschaft verwendet.

2. Hintergrund

Das Ohrid-Rahmenabkommen (OFA)² von 2001 bleibt wesentlicher Bestandteil zur Sicherung der politischen Stabilität und interethnischen Zusammenarbeit im Land. Das gesetzliche Rahmenwerk zum Schutz der Minderheiten ist größtenteils in Kraft, was auch anlässlich des zehnten Jahrestages des Abkommens von allen politischen Kräften betont wurde. Zwecks besserer Umsetzung desselben wurde inzwischen ein eigenes Sekretariat (SIOFA) eingerichtet, dessen Budget für 2011 signifikant erhöht worden ist.³ Kernstück des Ohrid-Abkommens ist einerseits eine gerechtere Repräsentation der Volksgruppen in der öffentlichen Verwaltung, andererseits die Übertragung weitreichender Aufgaben auf die Lokalbehörden. Beispiele hierfür sind die Dezentralisierung und der Symbolgebrauch wie auch Regelungen zu Bildung und Sprachgebrauch. Damit soll die „Schaffung eines stabilen und langfristigen Friedenszustandes [...] durch die Einführung neuer Institutionen und Mechanismen der Machtteilung“⁴ erreicht werden.

Ein Wiederaufflammen eines bewaffneten Konflikts ist also nach zehn Jahren Ohrid-Abkommen sehr unwahrscheinlich geworden. Die erfolgreiche Integration der Minderheiten ins politische Leben wird international gewürdigt und anerkannt, trotzdem nehmen innerparteiliche und auch interethnische Spannungen seit einigen Jahren wieder zu. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung an die Regierung, insbesondere der albanischen, bezüglich einer Integration in die Europäische Union, einer Lösung des Namenstreits mit Griechenland und einer damit erwarteten weiteren Stabilisierung des Landes, ist sehr hoch.

Doch gerade dieser nunmehr bereits schon Jahre andauernde Namensstreit mit dem Nachbarn Griechenland, ermöglichte es den amtierenden Premier Gruevski eine Politik der „Nationalen Renaissance“ zu betreiben. Dies zeigt sich insbesondere im für mazedonische Verhältnisse kostspieligen (€ 200 Mill.) und höchst umstrittenen Erneuerungsprojekts ‚Skopje 2014‘, das auf einer nationalen Vision des antiken Mazedoniens um die Person Alexander des Großen aufbaut. Diese Politik führt dabei nicht nur zu massiven Irritationen aufseiten der

albanischen Bevölkerung, die sich davon massiv ausgeschlossen fühlt, sondern auch auf griechischer Seite, was wiederum eine Lösung der endgültigen Namensbezeichnung des Landes in weite Ferne rücken lässt.⁵

Mitglieder der Nichtmehrheitsgemeinschaften beschwerten sich diesbezüglich wegen Vernachlässigung ihrer eigenen historischen und kulturellen Identität bzw. Denkmäler. So kam es z.B. im Februar 2011 durch eine geplante Errichtung eines Museums in Form einer Kirche innerhalb der sog. ‚Kale-Festung‘ in Skopje zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Albanern und Mazedoniern, die beide einen historischen Anspruch auf diese Ausgrabungsstelle beanspruchten.⁶ Die einen definieren ihren Anspruch auf gefundene Reste einer byzantinischen Kirche aus dem 13. Jahrhundert, die anderen, weil sie behaupteten, dass die Festung ältere illyrische Strukturen beinhalten würde. Die Auseinandersetzungen wurden auch deshalb als sehr ernst angesehen, da sich auf beiden Seiten hochrangige Politiker daran beteiligten.⁷

Grundlegender als Einzelereignisse für die nach wie vor schwierige Gemengelage zwischen den Mehrheits- bzw. Minderheitengruppen und folglich zunehmender Irritationen unter den Albanern sind nach wie vor gewisse Defizite in der Umsetzung des Ohrid-Abkommens. Die Regierung wurde dafür kritisiert, dass diese nicht genug für eine gerechte Vertretung, Umsetzung des Sprachengesetzes und die Verhinderung eines kulturellen Ausschlusses der Minderheiten eintrete. Seitens albanischer Eliten werden den eigenen Parteien vorgeworfen, insbesondere der demokratischen Union für Integration (DUI), die sich seit den Wahlen von Juni 2011 in Koalition mit der VMRO-DPMNE befindet, die albanischen Interessen mit zu wenig Nachdruck zu vertreten.⁸

Aber nicht nur die Beziehungen zwischen Mazedoniern und Albanern stehen immer wieder unter beträchtlicher Spannung und gegenseitigem Argwohn. Den vorgezogenen Parlamentswahlen 2011 gingen massive Querelen zwischen der regierenden VMRO-DPMNE und der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei (SDSM) voraus. Durch eine monatelange Blockadehaltung der SDSM im Parlament und sehr persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteichefs, brach der politische Dialog gänzlich zusammen. Die Folge war, dass die parlamentarische Arbeit stark eingeschränkt war und Gesetze nur mehr auf Basis von Notverordnungen beschlossen werden konnten. Darüber hinaus betrachteten die beiden Regierungsparteien (VMRO-DPMNE und DUI) den Staat als eine Art Selbstbedienungsladen, wobei Jobs an jeweilige Günstlinge ohne jedwede Qualifizierung verteilt wurden. Durch Vergabe von Werbeaufträgen an der Regierung wohl gesonnene Medien zwecks positiver Berichterstattung, wurden regierungskritische Berichte

durch wirtschaftlichen Druck förmlich abgewürgt. Berühmtester Fall war der des oppositionellen TV-Senders A1, der wegen des Vorwurfs angeblicher finanzieller Machenschaften in den Konkurs geschickt, der Besitzer selbst verhaftet und zu mehrjähriger Haft verurteilt wurde.⁹

Diese Negativtrends in Hinblick auf einen wachsenden ethnisch mazedonischen Nationalismus, Vereinnahmung des Staates durch den Premierminister und seiner Partei, Verschlechterung der Medien- und Justizunabhängigkeit, Zunahme von Segregation in den Schulen und eine Verlangsamung des Dezentralisierungsprozesses, drohen insgesamt den multiethnischen Charakter des Landes langfristig zu untergraben.¹⁰

Es muss an dieser Stelle jedoch ausdrücklich betont werden, dass Mazedonien insbesondere seit 2001 große Fortschritte in der Entwicklung zu einer rechtsstaatlichen multiethnischen Gesellschaft gemacht hat. Vor allem hat das Ohrid-Abkommen wesentlich zur Verminderung von Diskriminierung und Ungleichheit im Land und zur Stabilisierung des staatlichen Gebildes beigetragen. Nicht umsonst hat Mazedonien bereits seit 2005 den Status eines EU-Beitrittskandidaten, mit dem längst Beitrittsverhandlungen eingeleitet worden wären, wäre da nicht der Namensstreit mit Griechenland, der momentan alles Diesbezügliche blockiert und zu wachsender Frustration unter der Bevölkerung führt.

Ein wesentliches Momentum für Mazedonien bleibt jedoch trotz der unbestritten positiven Entwicklung seit der Unabhängigkeit bestehen, nämlich das der prinzipiellen unterschiedlichen Auffassung zwischen den beiden Volksgruppen wie der Staat zu organisieren sei. Während der derzeitige Premierminister Gruevski versucht eine starke Staatsidentität durch Rückgriff auf die antike mazedonische Geschichte, von der sich die Albaner aber ausgeschlossen fühlen, aufzubauen und den Staat eher zentralistisch zu verwalten, fällt der albanische Staatsentwurf gänzlich gegensätzlich dazu aus. Die Albaner sehen Mazedonien als grundsätzlich föderalen Staat mit dezentralen Strukturen und Einrichtungen, auf Zweisprachigkeit basierend. Diesen albanischen Entwurf des Staates sehen allerdings die ‚Mazedonier‘ als Bedrohung für die weitere Existenz des Staates an.¹¹

In diesem Zusammenhang wird immer wieder auch das Gespenst eines „Großalbaniens“ ins Spiel gebracht, einer Idee, die nicht nur bei den Albanern in Mazedonien, sondern auch im Kosovo, Montenegro und Südserbien von bestimmten Gruppen nachgehungen wird. Erst unlängst behauptete dazu eine DUI Abgeordnete in einem Interview mit einem albanischen Fernsehsender, dass sie keine mazedonische Abgeordnete sei, sondern nur als mazedonische Abgeordnete arbeite.¹² Eine Bemerkung, die ganz gut die mangelnde

Loyalität vieler Albaner gegenüber dem mazedonischen Staat widerspiegelt und Wasser auf die Mühlen mazedonischer Nationalisten darstellt. Mazedonier werfen den Albanern dabei vor, dass sie bei Konflikten jeglicher Art sehr schnell gerne die Opferrolle spielen, andererseits aber nicht bzw. nur sehr wenig dazu bereit sind, sich zum Staat Mazedonien zu bekennen und dessen Institutionen zu unterstützen.

Eine fruchtbringende Koexistenz der politischen Eliten aber auch der Bevölkerung insgesamt scheint durch die ziemlich gegensätzlichen Ansätze des mazedonischen Staatsentwurfes für die Zukunft fast unmöglich zu sein, solange nicht der Regierung eine gemeinsame Vision eines vereinigten, multinationalen Staates gelingt, der von beiden Gruppen getragen wird.¹³

Im folgenden Abschnitt sollen nun die in letzter Zeit, insbesondere nach dem Vorfall in der mazedonischen Stadt Gostivar im Februar dieses Jahres, gehäuft aufgetretenen interethnischen gewalttätigen Auseinandersetzungen näher beleuchtet werden

3. Aktuelle Lage

Auslöser einer Welle verschiedener, überwiegend als interethnisch beurteilter Gewalttaten war die Tötung von zwei Albanern durch einen zu diesem Zeitpunkt außer Dienst stehenden Grenzpolizisten am 28. Februar 2012 in Gostivar. Der Polizist hatte im Zuge eines eskalierenden Streits mit seiner Dienstpistole das Feuer auf eine Gruppe von vier Albanern, durch die er sich bedroht fühlte, eröffnet. Die Angaben des Schützen, es hätte sich um eine Notwehrsituation gehandelt, sind Gegenstand der laufenden Ermittlungen, erscheinen aber zumindest zweifelhaft (Aussagen zufolge habe er sich die Waffe erst „holen“ müssen). Umso erstaunlicher, dass eine erste Stellungnahme des Sprechers des Innenministeriums unter Vorwegnahme allfälliger Untersuchungsergebnisse bereits von Notwehr sprach, was heftige nationale und internationale Kritik ausgelöst hat.¹⁴

In den folgenden Tagen kam es zu Protestkundgebungen mehrerer tausend Teilnehmer mit zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen, Beschädigungen von Kfz, Geschäften, Bars und Restaurants welche durch Auszeichnung in kyrillischer Schrift klar als „mazedonisch“ zugeordnet wurden. Weitere Protestveranstaltungen in Tetovo und in Skopje verliefen dagegen weitgehend ruhig. Demonstranten forderten den Rücktritt von Innenministerin Jankuloska.¹⁵

Das Innenministerium setzt seitdem auf verstärkte Präsenz und auf Kontrollen von Jugendlichen an Bushaltestellen. Bereits am 10. März wurden etwa 50 beschlagnahmte

Waffen (meist sog. „Stahlruten“, Schlagringe, Messer, Baseballschläger – aber auch eine Pistole) präsentiert. Die im Umfeld von Skopje wohnenden Polizeibeamten wurden angewiesen beim Weg zum und vom Dienstort die öffentlichen Verkehrsmittel und nicht den Privat-PKW zu nutzen. In den Schulen wurden zusätzliche private Sicherheitsdienste eingestellt. Insgesamt wurden bislang gegen 35 festgenommene oder unter Hausarrest gestellte Tatverdächtige Verfahren eingeleitet. Das Innenministerium sieht keine Hinweise auf eine organisierte Form der Straftaten. Allerdings kann die anstiftende Wirkung provokanter Aussagen verschiedener Regionalpolitiker nicht außer Acht gelassen werden (*“incidents not managed, but fuelled“*).¹⁶

Reaktionen der Öffentlichkeit auf die Vorfälle folgten unmittelbar und beinhalteten Aufrufe zur Beruhigung der Lage und Verurteilung der Gewalttätigkeiten. Präsident Ivanov erklärte, dass alle verantwortlichen Institutionen aufgerufen sind entsprechende Maßnahmen zu setzen. Jedes Segment der Gesellschaft hat die Verantwortung für diese Ereignisse zu tragen, beginnend mit der Familie, über die Schule, den Nichtregierungsorganisationen bis zu den Medien. Er appellierte auch an die Bevölkerung ihre Energie für positive Dinge zu verwenden anstatt das Zusammenleben mit und den Frieden anderer Bürger zu stören. An Politiker richtete er die Aufforderung aus dieser Situation kein politisches Kapital zu schlagen bzw. die derzeitigen Vorfälle nicht für politische Zwecke auszunutzen.¹⁷

Ein Regierungssprecher hingegen erklärte, dass es sich bei den Zusammenstößen zwischen Mazedoniern und Albanern um isolierte Ereignisse handelte. Diese könnten die allgemeine Lage nicht beeinflussen und den Weg Mazedoniens in Richtung einer EU-Mitgliedschaft nicht verhindern. Es handele sich vielmehr um kleine radikale Gruppen, die sich gegen diese politischen Ziele stemmen, ein Phänomen, das über all am Balkan zu beobachten ist. Medien spielten solche kriminellen Vorfälle bewusst als interethnische auf, um so weitere Verwirrung zwischen den beiden Volksgruppen zu sorgen. Jedenfalls unternehme die Regierung alle notwendigen Maßnahmen, um keine „substantiellen Änderungen in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Volksgruppen zuzulassen“.¹⁸

Der Vorfall und die Reaktionen zeigen erneut die Entfremdung und Fragilität des Zusammen- bzw. Nebeneinanderlebens der beiden Ethnien Mazedonier und Albaner. Selbst an sich harmlose Streitereien um einen Parkplatz können in dem bestehenden Umfeld von Armut, Arbeitslosigkeit, Gewaltbereitschaft und besonders der spürbaren Politisierung sämtlicher Bevölkerungsschichten zu solchen Extremen ausarten. Nach dem Vorfall blieben einige Schulen geschlossen; die Stadtverwaltung arbeitete nicht und der Gemeinderat hielt eine Krisensitzung ab. Der Bürgermeister von Gostivar nutzte die Stimmung für politische

Agitation und spricht von einem „Kriminellen Akt infolge der nationalistischen Politik der Regierung“¹⁹. Bezeichnend auch, dass die Familie des Verdächtigen um ihr Leben fürchtet und aus der Heimatstadt flüchten muss. Positiv ist anzumerken, dass die Vorsitzenden der beiden größten albanischen Parteien bisher keinen Kommentar abgegeben haben und erst den Verlauf der Untersuchung abwarten wollen.²⁰

Interethnisch motivierte Gewalt unter Jugendlichen in Mazedonien sind ebenso wenig wie Gewalttaten in öffentlichen Verkehrsmitteln ein neues Phänomen. Dies sind aber spontane Ausbrüche von Gewalt und nehmen keinen organisierten Charakter an, die zu einer Destabilisierung des Landes, entgegen den von der Medienlandschaft immer wieder kolportierten Verschwörungstheorien, derzeit führen könnten. Jedoch dürfte die umfassende und oftmals übertriebene Berichterstattung der Medien dazu beitragen, „ohnehin labile Jugendliche zu derartigen Taten zu animieren; wobei die ernste soziale Lage, gerade in den Stadtteilen, wo die meisten Vorfälle registriert wurden, und die daraus resultierende Perspektivlosigkeit, verbunden mit Politisierungsversuchen zur Gewaltbereitschaft beiträgt“²¹. Unter diesen Vorzeichen ist die einhellige Verurteilung der Vorfälle durch den zuständigen Parlamentsausschuss zu begrüßen.²²

4. Minderheiten

Entsprechend dem Ohrid-Abkommen von 2001 garantiert das Gesetz den Schutz und die Integration in alle öffentlichen Bereiche von Minderheiten*. Für die Umsetzung dieses Abkommens wurde von der Regierung eigens ein Sekretariat eingerichtet, welches insbesondere die Strategie der verhältnismäßigen Vertretung der Minderheiten in den Institutionen überwachen soll. 2009 etwa wurden 800 neue öffentliche Posten geschaffen, wobei 360 davon für Minderheiten reserviert waren. Derzeit macht der Anteil der Minderheiten im öffentlichen Bereich etwa 24 Prozent aus.²³

Die Verfassungsmodifikationen führten u.a. zu konkret ausformulierten Gesetzen zur Machtteilung. Letztere umfassen dabei „Mechanismen zum Schutz und zur Einbindung der Minderheiten in die Gesellschaft und die Politik durch die Reformierung der Polizei, die Sicherstellung der Gleichheit vor dem Rechtssystem und die Einführung von

* Laut der Volkszählung im Jahr 2002 gibt es neben der slawophonen mazedonischen Mehrheitsbevölkerung (64,2 %) eine starke albanische Minderheit (25,2 %) sowie türkische (3,9 %), Roma- (ca. 55.000, 2,7 %), serbische (1,8 %), bosniakische (0,8 %) und wlachische (0,5 %) Minderheiten. Die tatsächliche Zahl der Roma dürfte deutlich höher sein. Quelle: Auswärtiges Amt: Ad-hoc-Teil-Bericht über die asyl- und abschieberelevante Lage in der Ehemaligen jugoslawischen Republik (EJR) Mazedonien v.a. bzgl. der Situation der Roma sowie zur medizinischen Versorgung (Stand: Januar 2011), Jän. 2011.

Minderheitenquoten bei der Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung und in staatlichen Unternehmen²⁴. Insbesondere war die Reform der Polizei dafür vorgesehen, unmittelbaren Wandel zu verkörpern. Daher wurden bereits 2001 Polizeipatrouillen mit Albanern und Mazedoniern in weniger gefährliche Krisengebiete – begleitet von NATO-Truppen und OSZE-Beobachtern - durchgeführt. Das erhoffte Ziel war ein besserer Zugang zu der Minderheitsbevölkerung durch die Überwindung kultureller und sprachlicher Barrieren. Durch den Mechanismus der positiven Diskriminierung – der bevorzugten Einstellung von Personen, die einer Minderheitengruppe angehören, gegenüber Personen der Bevölkerungsmehrheit bei gleicher Qualifikation – konnte erreicht werden, dass Vertreter ethnischer Minderheiten derzeit etwa 20 Prozent der Polizeikräfte ausmachen. Dies kommt so dem Verlangen der Vertreter der Internationalen Gemeinschaft näher, welche eine zusätzliche Einstellung von Polizeibeamten von Minderheiten fordert, damit die im Ohrid-Rahmenabkommen festgelegte gerechte Vertretung („equitable representation“) der nationalen Gruppen in der Exekutive verwirklicht werden kann. Der Anteil der ethnischen Albaner an den Bediensteten der Exekutive liegt nach Darstellung des Innenministeriums bei 16 Prozent.²⁵

Artikel 4 des Rahmenabkommens über die Nichtdiskriminierung und verhältnismäßige Repräsentation der Minderheiten enthält den Vorschlag, Quoten für die Beschäftigung von Minderheiten in der öffentlichen Verwaltung und in staatlichen Unternehmen einzuführen. Durch positive Diskriminierung sollte so eine vermehrte Einstellung von Minderheitengruppen erfolgen. Nach der Einführung des Gesetzes wurde diese Quotenregelung direkt umgesetzt. In öffentlichen Institutionen wie der Verwaltung, in Ministerien, in staatlichen Unternehmen und staatlichen Krankenhäusern gelten seitdem die Quotenregelungen bei der Beschäftigung. Jedoch brachte diese durchaus als positiv anzusehende Regelung ein Problem mit sich, die mangelnde Zahl an Personen mit entsprechenden Berufsqualifikationen. Dies führte zur absurden Situation, dass, wegen der Quote, die Anzahl der Beschäftigten die Zahl der real existierenden Arbeitsplätze übersteigt. So sind Verwaltungsangestellte zwar formal eingestellt und beziehen Lohn, müssen jedoch keine Arbeit dafür leisten.²⁶

Für die Annahme von Gesetzen, welche die Rechte von Gemeinden, Gemeindegrenzen, Frage der Sprachen, Kultur, Schulen und die Verwendung nationaler Symbole betreffen, ist gem. Art. 69 und Art. 114 der Verfassung eine Badinter-Mehrheit - nach dem französischen UN-Politiker Robert Badinter auch Badinter-Prinzip[†] genannt - erforderlich.²⁷ Eine

[†] Badinter Prinzip: Prinzip der doppelten Mehrheit, d.h. einer Mehrheit auch unter denjenigen Abgeordneten, die eine Minderheit vertreten, also vornehmlich die ethnisch-albanischen Abgeordneten.

Konsequenz aus dieser Regelung ist, dass die albanischen Parteien innerhalb der Koalition durch die Androhung eines Minderheitenvetos in gewissen Fragen eine dominante Rolle einnehmen können und die Notwendigkeit der Konsensbildung zum *Bargaining*, einem offenen Machtkampf mit Androhungen und Forderungen, in Verhandlungen nutzen.²⁸

5. Conclusio

Was wurde bisher erreicht? Die Gefahr einer weiteren Eskalation des Konfliktes von 2001 konnte durch das Rahmenabkommen von Ohrid und damit einer dauerhafte Herstellung des Friedens erreicht werden. Die seitdem von den Regierungen durchgeführten Reformen vor allem in Hinblick auf eine gerechtere Beteiligung der verschiedenen Volksgruppen an der Politik und im öffentlichen Bereich sind nachhaltig und haben sicherlich zu einer Verbesserung des Zusammenlebens unter den verschiedenen Bevölkerungsteilen geführt. Auch das Ansehen des Abkommens in der Bevölkerung hat sich wesentlich gewandelt und entwickelte sich von einem Gefühl einer Zwangsmaßnahme besonders unter den Mazedoniern zu einem Symbol der Kooperation und des multiethnischen Dialogs.²⁹

Vieles muss allerdings noch erreicht werden. So z.B. ein echtes Miteinander anstatt des bisherigen Nebeneinanders unter den Volksgruppen. Zwar ist auf institutioneller Ebene vieles in Kraft getreten, was zu einer echten Partizipation aller Teile der Bevölkerung in öffentlichen Bereich geführt hat, doch sind alle diese durchgeführten bzw. eingeleiteten Reformen vielerorts noch nicht in den Herzen der Menschen angekommen. Ausdruck dieser Diskrepanz ist das immer noch vorhandene Misstrauen zwischen den Ethnien. Ein echtes gegenseitiges Vertrauen in die jeweils andere Gruppe ist bisher nur marginal vorhanden. Wie oben angeführt, haben bisher immer wieder relativ harmlose Vorfälle dazu geführt, dass die unter der Oberfläche der Normalität nach wie vor schwelende gegenseitige Abneigung sich in gewalttätigen Auseinandersetzungen Luft macht und sofort zur Infragestellung des Staatsgebildes und zu internationaler Besorgnis über einen Ausbruch eines neuen Konflikts führt.

Dieser unterschwellige Zustand kann langfristig nur durch vertrauensbildende Maßnahmen seitens der Regierung insbesondere gegenüber den Albanern im Land beseitigt werden. Leider konterkarierte die Politik der Regierung in den letzten Jahren jedoch eine diesbezügliche Veränderung der vorherrschenden Zustandslage durch eine explizit nationalistische Politik von der sich die Albaner ausgeschlossen fühlen. Andererseits zeigen gerade die Albaner eine kaum vorhandene Loyalität gegenüber dem Staat und seinen Institutionen und würden mit diesem lieber heute als morgen nichts mehr zu tun haben

wollen. Hier spielen die beiden unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der Staatsorganisation von Mazedoniern und Albanern hinein. Die eine ist dabei zentralistisch, die andere stark föderalistisch ausgerichtet und durch ständiges Schielen einer Loslösung aus dem Staatsverband in Richtung eines Großalbaniens gekennzeichnet. Auch wenn dies nur selten offen seitens der politischen albanischen Elite vertreten wird, steht diese zweifellos immer wieder im (politischen) Raum und löst entsprechende Ängste und Zweifel auf der Gegenseite aus. Beide unterschiedlichen Staatsentwürfe in Zukunft zu vereinen wird wohl einer der Hauptaufgaben der derzeitigen und aller kommenden Regierungen sein.

Endnoten

¹ siehe auch: Congressional Research Service: Macedonia: Country Background and Recent Conflict, Nov. 2001; <http://www.fas.org/man/crs/RL30900.pdf>, Zugriff 2.4.2012

² Ohrid Framework Agreement:

http://www.coe.int/t/f/affaires_juridiques/coop%E9ration_juridique/police_et_s%E9curit%E9_int%E9rieure/OHRID%20Agreement%2013august2001.asp, Zugriff 26.3.2012

³ European Commission: The Former Yugoslav Republic of Macedonia 2011 Progress Report, S. 19, 12.10.2011;

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2011/package/mk_rapport_2011_en.pdf, Zugriff 27.3.2012

⁴ Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsinformationen: Ein Zukunftsmodell für Multiethnisches Zusammenleben? Bilanz nach zehn Jahren Ohrid-Abkommen in Mazedonien, 14.11.2011; <http://www.kas.de/wf/de/33.29404/>, Zugriff 27.3.2012

⁵ International Crisis Group: Macedonia: Ten Years after the Conflict; Europe Report No 212, 11 August 2011; <http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/balkans/macedonia/212-macedonia-ten-years-after-the-conflict.aspx>, Zugriff 27.3.2012

⁶ European Commission: Progress Report 2011; S. 20

⁷ Wikipedia: Skopje Fortress; 24 March 2012; http://en.wikipedia.org/wiki/Skopje_Fortress, Zugriff 27.3.2012

⁸ International Crisis Group: Macedonia: Ten Years after the Conflict; Europe Report No 212, 11 August 2011

⁹ European Commission: Progress Report 2011; S. 16 und Balkan Insight.com: Macedonia's A1 TV Owner jailed for 13 Years, 14.3.2012; <http://www.balkaninsight.com/en/article/aa3-years-in-jail-for-macedonia-s-aaa-tv-owner>, Zugriff 28.3.2012

¹⁰ International Crisis Group: Macedonia: Ten Years after the Conflict; Europe Report No 212, 11 August 2011

¹¹ Ebd.

¹² MINA: Mehmeti: I am not Macedonian MP, just work in Macedonian Parliament, 20 March 2012; <http://macedoniaonline.eu/content/view/20637/45/>, Zugriff 28.3.2012

¹³ International Crisis Group: Macedonia: Ten Years after the Conflict; Europe Report No 212, 11 August 2011

¹⁴ Österreichische Botschaft Skopje: Interethnische Gewaltausbrüche in Mazedonien, 13.3.2012

¹⁵ Bericht des Polizeiattachés an der ÖB Skopje, 29.3.2012

¹⁶ Österreichische Botschaft Skopje: Interethnische Gewaltausbrüche in Mazedonien, 13.3.2012

¹⁷ the Sofia echo: Situation in Macedonia calmer but interethnic tensions with Albanians linger, Mar 14; http://sofiaecho.com/2012/03/14/1787294_situation-in-macedonia-calmer-but-inter-ethnic-tensions-with-albanians-linger, Zugriff 29.3.2012

¹⁸ OSINT-Bericht: Martinoski: Conflicts are isolated incidents, 16.3.2012

¹⁹ Bericht des Polizeiattachés an der ÖB Skopje, 29.3.2012

²⁰ Ebd.

²¹ Österreichische Botschaft Skopje: Interethnische Gewaltausbrüche in Mazedonien, 13.3.2012

²² Ebd.

²³ U.S. Department of State: 2010 Human Rights Report: Macedonia, April 2011;

<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/2010/eur/154437.htm>, Zugriff 29.3.2012

²⁴ Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsinformationen: Ein Zukunftsmodell für Multiethnisches Zusammenleben?

²⁵ Österreichische Botschaft Skopje: Asylländerbericht Mazedonien, April 2010

²⁶ Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsinformationen: Ein Zukunftsmodell für Multiethnisches Zusammenleben?

²⁷ Österreichische Botschaft Skopje: Asylländerbericht Mazedonien, April 2010

²⁸ Konrad-Adenauer-Stiftung Auslandsinformationen: Ein Zukunftsmodell für Multiethnisches Zusammenleben?

²⁹ Ebd.